

# „Atmosphäre der Angst“ im Westjordanland

Christoph Kitzler

## Siedlergewalt gegen Palästinenser

*Seit dem Hamas-Überfall vom 7. Oktober nimmt die Entschlossenheit zu, mit der israelische Siedler Gebiete im Westjordanland an sich reißen. Viele verfügen jetzt über Waffen und treten mit der Autorität von Soldaten auf.*

Khirbet Ein a-Rashash ist oder besser: war eine palästinensische Ortschaft im Jordantal, im besetzten Westjordanland. Etwa 85 Menschen aus 18 Familien lebten hier von ihren Schafen. Nach dem Terrorangriff aus dem Gazastreifen auf Israel am 7. Oktober wurde es für die Menschen hier immer schwieriger: Immer wieder kamen radikale Siedler aus der Gegend vorbei, die es auf ihr Land abgesehen haben.

Die Menschen waren regelmäßiger Gewalt ausgesetzt. Mal kamen die Siedler in den Ort und zerstörten Fenster, mal schlugen sie Menschen. Am 9. Oktober blockierten Siedler dann die Straße zu dem Ort – dadurch kamen die Bewohner von Khirbet Ein a Rashash und ihre Tiere nicht mehr an Wasser. Am 13. Oktober verließen zuerst die Frauen und Kinder den Ort. Am 16. Oktober dann auch die Männer mit rund 1.500 Schafen. Sie haben sich der Gewalt gebeugt – so wie die Bewohner 16 anderer palästinensischer Ortschaften seit dem 7. Oktober.

Israelische Menschenrechtsorganisationen und auch die Vereinten Nationen (UN) haben zahlreiche Fälle von Siedlergewalt dokumentiert, die dazu geführt hat, dass mehr als 1.000 Palästinenserinnen und Palästinenser von ihrem Land vertrieben wurden.

### **Israel erklärt Flächen zu „staatlichem Land“**

Die Ortschaften gehören zum so genannten C-Gebiet. Darunter fallen mehr als 60 Prozent des Westjordanlands. Israel hat hier auf Basis der Oslo-Verträge die volle Kontrolle. Das heißt: Israelisches Militär und israelische Polizei wachen über die Sicherheit und über eine Baugenehmigung entscheidet der Staat Israel. In den 1990er Jahren war der Plan, dass die C-Gebiete innerhalb von fünf Jahren Teil eines palä-

stinensischen Staates sein sollten. Dazu ist es nie gekommen.

Stattdessen werden Fakten geschaffen, die die Errichtung eines palästinensischen Staates immer unwahrscheinlicher machen: Der Ausbau der mehr als 130 israelischen Siedlungen hat sich in den letzten Jahren beschleunigt. Gerade erst hat die Regierung von Benjamin Netanyahu den Bau von weiteren 3.500 Wohnungen genehmigt.

Außerdem entzieht Israel seit Jahrzehnten große Flächen in den C-Gebieten der Nutzung durch Palästinenser, indem sie zu sogenanntem „staatlichen Land“ erklärt werden. Dabei handelt es sich in der Regel um Gebiete, die zu militärischem Übungsgelände, zu Naturschutzgebieten oder als archäologisch besonders wertvoll deklariert werden. Hier wurden und werden zahlreiche Häuser abgerissen, Menschen werden vertrieben.

### **Fast sieben Prozent des Westjordanlands**

Ein relativ neues Phänomen sind aber radikale Siedler, die landwirtschaftliche Außenposten gründen und mithilfe von Schafherden große Flächen unter ihre Kontrolle bringen. Teils tun sie das auf den als „staatliches Land“ ausgewiesenen Bereichen – immer öfter aber auch darüber hinaus, auch auf privatem palästinensischen Land.

Dror Etkes, der für eine israelische Menschenrechtsorganisation arbeitet, dokumentiert diese neue Form der Landnahme mithilfe von Karten. Dafür vergleicht er Luftbilder, nutzt Verwaltungsdaten und Zeugenaussagen – und ist selbst viel im Westjordanland unterwegs. 77 dieser landwirtschaftlichen Außenposten gibt es inzwischen, sagt er – nach seinen Berechnungen kontrollieren Siedler inzwi-

schen mehr als 35.000 Hektar, das sind mehr als sechs Prozent des gesamten Westjordanlandes.

Die allermeisten dieser Außenposten wurden in jüngsten Jahren gegründet. Die Landnahme gehe einher mit weiterer Vertreibung von Palästinensern, sagt Dor Etkes: „Es ist wichtig zu verstehen, dass Gewalt ein Teil des Vorgehens ist.“ Damit stellten die Siedler sicher, dass sich im Gebiet um ihre Farmen keine Palästinenser mehr aufhielten.

### „Armee besteht aus Siedlern“

Seit dem 7. Oktober hat sich das noch beschleunigt. Während zahlreiche Fälle dokumentiert sind, in denen israelische Sicherheitskräfte bei Gewaltakten gegen Palästinenser nicht einschreiten, haben die Übergriffe nun eine neue Qualität, auch weil radikale Siedler nun zum Teil selbst in Soldatenuniform unterwegs sind. Das sagt Jehuda Shaul, der früher selbst als Soldat im Westjordanland eingesetzt war, dann die Organisation „Breaking the Silence“ gegründet hat und heute einer der prominentesten Kritiker der israelischen Besatzung ist: „Seit dem 7. Oktober sind Siedler die Soldaten, die Armee besteht aus den Siedlern. In diesem Krieg sind die richtigen Soldaten, die besser trainierten und ausgerüsteten, aus der Westbank nach Gaza und an die Grenze zum Libanon versetzt worden. Und im Westjordanland dienen die Reservisten.“

Im Ergebnis bedeute das: „Die gleichen gewalttätigen, manchmal verurteilten kriminellen Siedler, die vor sechs, sieben Monaten palästinensische Gemeinschaften zusammengeschlagen und sie dort, wo sie leben, vom Land vertrieben haben, tun das jetzt in Uniform und mit Gewehr – mit voller Autorität.“

### USA und EU sanktionieren Siedler

Menschenrechtsorganisationen haben zahlreiche Fälle von Gewalt durch diese Siedler Soldaten dokumentiert. Auch ein Team der ARD wurde bereits bedroht. Die Siedler können sich in ihrem Handeln von rechtsextremen Teilen der israelischen Regierung unterstützt fühlen: Itamar Ben Gvir, Minister für Nationale Sicherheit, und auch Bezalel Smotrich, der Finanzminister und zugleich für den Siedlungsbau zuständig ist, entstammen selbst der radikalen Siedlerbewegung und fördern sie politisch. Im Westjord-

## Ursprünge der radikalen israelischen Siedlerbewegung

Die jüdischen Siedlergruppen in der Westbank stehen mehrheitlich in der Tradition des radikalen ultraorthodoxen US-amerikanischen Meir Rabbi Kahane, der 1971 nach Israel ging, seine eigene Partei Kach gründete und 1990 starb. Parteiprogramm war die Rassentrennung zwischen Juden und Arabern nach Vorbild der südafrikanischen Apartheid und perspektivisch ein absolut araberfreies Israel. Kach und die spätere Nachfolgeorganisation wurden 1994 wegen ihrer Gewaltbereitschaft selbst gegen das israelische Establishment verboten. 2012 hat der wegen rassistischer Gewalt vorbestrafte und heutige Minister für öffentliche Sicherheit [sic!] Itamar Ben-Gvir mit seiner Jüdische-Stärke-Partei die inoffizielle Nachfolge von Kach angetreten und den radikalen Siedlern eine neue politische Heimat verschafft. Wenn inzwischen auch Benjamin Netanjahu wie am 28. Oktober 2023 aus dem 5. Buch Mose die Auslöschung der Amalek zitiert, lesen das die faschistischen Siedlergruppierungen als Freibrief zum Mord an Palästinenser\*innen. Während aber die Weltöffentlichkeit gebannt auf den Gaza-Streifen starrt, hat Ben-Gvir 10.000 Sturmgewehre an jüdische Israelis in den Grenzregionen und besetzten Gebieten ausgeben lassen. Seitdem hat, die gegen die palästinensische Bevölkerung in der Westbank gerichtete Gewalt eklatant zugenommen, inkl. Tötungen, Vertreibungen und Landraub. Vor diesem Hintergrund wird die Behauptung Präsident Herzogs vom 13. Oktober 2023, es gebe keine Zivilisten, die nicht in den Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 „involviert“ gewesen wären, denn da sei eine ganze Nation verantwortlich, brandgefährlich. Als Rechtfertigung genommen, ziehen diese und Äußerungen anderer Regierungsvertreter Israels derzeit eine Spur der Gewalt auch durch die Westbank. „Was einst nur der Traum von Wahnsinnigen wie Rabbi Kahane war, gilt heute als eine ehrenwerte politisch korrekte Idee, die in Fernsehstudios und auf Parteitagungen diskutiert wird“, sagt der israelische Historiker Gideon Levy.

Quelle: Valerie Winter, „Jahwe ist ein Krieger“, Hintergrund 3-4/2024

## Eskalation der Gewalt im Westjordanland

Im besetzten Westjordanland und in Ostjerusalem hat die Gewalt von Siedler:innen und israelischen Besatzungstruppen gegen Palästinenser:innen und Beduin:innen seit dem 7. Oktober einen neuen Höhepunkt erreicht, berichtet die palästinensische Menschenrechtsorganisation Al-Haq mit Sitz in Ramallah ([www.medico.de/blog/beraubt-und-gedemuetigt-19395](http://www.medico.de/blog/beraubt-und-gedemuetigt-19395)). Seither sind über 4.000 Menschen ohne Anklage in israelische Administrativhaft geraten. Auch Tötungen und Tötungsversuche sind an der Tagesordnung ebenso wie Vertreibungen und die Zerstörung von Eigentum. „Zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 20. Januar 2024 wurden 363 Palästinenser:innen, darunter 94 Kinder, durch die israelischen Besatzungstruppen und die Siedler:innen im besetzten Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, getötet“, berichtet Shahd Qaddoura von Al-Haq und fügt hinzu, dass es auch immer häufiger zu sexualisierter Gewalt komme. Zu den 480 fest installierten Kontrollpunkten des israelischen Militärs im Westjordanland sind seit Oktober 350 „flying checkpoints“ hinzugekommen. Sie werden an Hauptstraßen, dem Zugang zu palästinensischen Dörfern oder auch mitten im Nirgendwo errichtet. Das schränkt nicht nur die Bewegungsfreiheit der Palästinenser:innen noch weiter ein. Es erhöht auch die Gefahren für ihre Unversehrtheit. „An den Checkpoints werden in der Regel die Mobiltelefone kontrolliert. Oft reicht es schon, die Telegram-App installiert zu haben, um geschlagen und gedemütigt zu werden“, erklärt Qaddoura.

Quellen: <https://www.medico.de/blog/frieden-heisst-verrat-19400>; <https://www.woz.ch/2351/israel-und-palaestina/der-wind-dreht-im-westjordanland!/VIQ5JQB0GWFC>; <https://www.republik.ch/2024/02/20/eine-reise-auf-der-suche-nach-hoffnung>

anland wurden nach dem 7. Oktober beispielsweise tausende Waffen an Siedlermilizen verteilt

Die USA haben inzwischen Sanktionen gegen sieben gewaltbereite Siedler erlassen, andere Länder wie Großbritannien und Frankreich haben sich dem angeschlossen. Auch die EU hat nun Sanktionen beschlossen.

Einer der Siedler auf der Sanktionsliste der USA ist Yinon Levi, er betreibt die „Meitarim Farm“ in den Hügeln südlich von Hebron. Jehuda Shaul sagt, Levi habe zusammen mit einem anderen Außenposten fünf palästinensische Gemeinschaften in der Umgebung vertrieben – auch mit Gewalt.

In der Begründung, die das US-Außenministerium für die Sanktionierung veröffentlicht hat, heißt es:

„Yinon Levi hat eine Gruppe von Siedlern angeführt, die mit ihren Taten eine Atmosphäre der Angst im Westjordanland geschaffen hat. Regelmäßig führt Levi

Gruppen von Siedlern von der Meitarim Farm aus an, die palästinensische und beduinische Zivilisten angegriffen und ihnen mehr Gewalt angedroht haben, falls sie ihre Häuser nicht verlassen. Sie haben ihre Felder abgebrannt und ihren Besitz.“

Mitteilung des US State Department vom 1.02.2024

Christoph Kitzler ist Korrespondent der ARD in Tel Aviv. Der Beitrag wurde erstmalig ausgestrahlt auf tagesschau.de am 19.3.2024



## Todesurteile und Verhaftungswellen im Iran

### Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein fordert Iran-Abschiebungsstopp

Der Amnesty-Bericht „Don't Let Them Kill Us: Iran's Relentless Execution Crisis Since The 2022 Uprising“ (<https://t1p.de/qviqg>) zeigt, dass die iranischen Behörden nach den Massenprotesten der „Frau Leben Freiheit“-Bewegung von 2022 verstärkt die Todesstrafe einsetzen, um die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen und ihre Macht zu festigen. Die Zahl der Hinrichtungen 2023 ist mit 853 die höchste seit 2015 und um 48 Prozent höher als 2022. Und die Tötungsserie im Iran findet auch 2024 eine Fortsetzung: Bis zum 20. März wurden mindestens 95 Hinrichtungen dokumentiert. Amnesty International geht jedoch davon aus, dass die tatsächlichen Zahlen in beiden Jahren noch höher liegen.

Der seit Jahren schwelende und im April einmal mehr eskalierte Konflikt zwischen Iran und Israel führt darüber hinaus zu innenpolitischen Verschärfungen. Restriktive Verfolgungen aller, die der Fraternisierung mit dem Westen oder westlicher Ideen verdächtigt werden, hat sich seit Monaten ausgebreitet. Die Religionspolizei scannt einmal mehr das Land nach Frauen und Mädchen, die dem Schleierzwang nicht oder aus Sicht der Behörde nicht angemessen genügen – Verhaftungen im öffentlichen Raum sind an der Tagesordnung. In Haft sind die betroffenen Frauen Willkür und sexueller Gewalt ausgeliefert. (<https://t1p.de/zzfwp>)

Aber es kommt auch immer wieder zu Festnahmen von Ausländer\*innen aus den westlichen Staaten, um sie als Faustpfand zum Austausch gegen in den USA oder in europäischen Ländern wegen Staatsvergehen oder Gewalttaten gegen exilierte Iraner\*innen Inhaftierte zu nutzen (<https://t1p.de/78z2h>). Hierzulande sind weiterhin besonders Menschen gefährdet, die in Deutschland auf Iran-Solidaritätsdemos waren, wie z. B. die Kölnerin Narges Mohammadi (<https://t1p.de/gltf1>), die bei einem Besuch im Iran verhaftet und zu 10 Jahren Haft verurteilt wurde.

Das Auswärtige Amt gibt Reisewarnungen heraus und fordert Bundesbürger\*innen auf, den Iran zu verlassen. Das Innenministerium aber hält an seiner Begründung für die Ende 2023 erfolgte Nichtverlängerung des Iran-Abschiebungsstopps fest. Nunmehr müssten Iraner\*innen bei geltend gemachter Schutzbedürftigkeit im Rahmen eines Asylverfahrens beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ihre individuell-konkret befürchtete Situation nach Rückkehr vortragen. Das nützt schon vordem im Asylverfahren und jetzt geduldeten Iraner\*innen allerdings gar nichts. Ihre Chancen in einem Asylfolgeverfahren tendieren gegen Null. Vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge werden mehr als die Hälfte der Asylanträge iranischer Staatsangehöriger abgelehnt, selbst die bereinigte Schutzquote liegt nur bei 45,6 Prozent.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein kritisiert: Vor dem Hintergrund fehlender Rechtsstaatlichkeit und willkürlicher Verhaftungen selbst von Personen, die freiwillig in den Iran zurückkehren, und der aktuell im Zuge des Iran-Israel-Konfliktes festzustellenden innenpolitischen Verwerfungen im Iran ist die Verweigerung eines Abschiebungsstopps fahrlässig und unverantwortlich.